



FDP-Landtagskandidat Martin Cammerer hochzufrieden mit dem Beschluss des Landesparteitages zu den Themen Eisenbahnlärm und Ausbau der Rheintalbahn

Hochzufrieden kehrten der agrarpolitische Sprecher Albert Bär und der Landtagskandidat der FDP im Wahlkreis 48-Breisgau Martin Cammerer vom Landesparteitag aus Stuttgart zurück. Auf ihre Initiative hin hatte der Bezirksverband Südbaden zwei wichtige Ergänzungen des Wahlprogramms der Liberalen beantragt, die einstimmig angenommen wurden:

„Wir werden

- den menschen- und umweltgerechten Ausbau der Rheintalbahn zur transeuropäische Magistrale Rotterdam – Genua nach der von Bürgerinitiativen und Gemeinden entwickelten und von der Deutschen Bahn als realisierbar und betriebstauglich anerkannten Alternativplanung „Europatrasse BADEN 21“ (Bau des Rastatter Tunnels, Tunnel-Lösung für die Stadt Offenburg, Bündelung der Linienführung von BAB 5 und Neubautrasse südlich von Offenburg bis zur Einmündung in die Westumfahrung Freiburg, Trassenabsenkung mit Teilabdeckung von Freiburg bis zum Nordportal des Mengener Tunnels, Trassenabsenkung mit Teilabdeckung vom Südportal des Mengener Tunnels bis südlich von Buggingen, gedeckelte Tieferlegung im Ortsteil Haltingen der Stadt Weil am Rhein) und den Schutz auch der Anlieger bestehender Bahnstrecken vor Schienenlärm durchsetzen;
- durch besseren Lärmschutz mehr Lebensqualität für Anwohner sowie eine höhere Akzeptanz für den dringend notwendigen Ausbau unserer Strassen- und Schienenwege erreichen. Wir wollen Lärm an der Quelle bekämpfen und setzen uns daher auf Bundesebene dafür ein, bei Eisenbahn-Neubaustrecken den Schienenbonus zu streichen. Weiterhin setzen wir uns für lärmdifferenzierte Trassenpreise ein, um Anreize zu schaffen, insbesondere alte Güterzüge technisch nachzurichten und leiser zu machen.“

Martin Cammerer: „Damit wurde unsere seit Jahren vertretene Position, die menschen- und umweltverträgliche Alternativplanung auf dem gesamten Streckenabschnitt aus einem Guss zu bauen, erneut eindrucksvoll bestätigt: Nur diese in Übereinstimmung von Gemeinden, MUT und IG BOHR entwickelte Alternativplanung respektiert u.a. die vitalen Interessen der Landwirtschaft, des Gesundheitsstandortes Bad Krozingen und der Einwohnerschaft im Abschnitt von Mengen über Bad Krozingen bis Seefeld.“